

# Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meißner'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom) für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Nr. 212.

Neuenbürg, Montag, den 11. September 1922.

80. Jahrgang.

## Deutschland.

**Stuttgart, 9. Sept.** Der württ. Beamtenbund übermittelte folgende Darstellung über die in Württemberg bestehenden Gewerkschaften: 1. Württ. Beamtenbund (Berufsbund) mit 18 000 Mitgliedern, 2. Freie Gewerkschaften (F.G.) mit 5000 Mitgliedern, 3. Freie Gewerkschaften (F.G.) mit 4600 Mitgliedern, 4. Freie Gewerkschaften (F.G.) mit 37 500 Mitgliedern, 5. Freie Gewerkschaften (F.G.) mit 3500 Mitgliedern, 6. Freie Gewerkschaften (F.G.) mit 3500 Mitgliedern, 7. Freie Gewerkschaften (F.G.) mit 3500 Mitgliedern, 8. Freie Gewerkschaften (F.G.) mit 3500 Mitgliedern, 9. Freie Gewerkschaften (F.G.) mit 3500 Mitgliedern, 10. Freie Gewerkschaften (F.G.) mit 3500 Mitgliedern.

**Köln, 9. Sept.** Der Film „Fredericus Rex“, der ebenfalls in Baden verboten wurde, ist wie vor einiger Zeit gemeldet wurde, von reichswegen wieder freigegeben worden. Am 28. September wird sich der Verwaltungsgerichtshof in Karlsruhe mit dem Verbot beschäftigen.

**Wien, 9. Sept.** Die vier Bergarbeiterverbände erlassen einen gemeinsamen Aufruf, in dem sie darauf hinweisen, daß die Verhandlungen über die Freigabe der Bergarbeiter in wirtschaftlichen und arbeitsrechtlichen Gründen abgeschlossen werden muß. Sie brandmarken die Dege, die von kommunistischer und unheimlicher Seite betrieben wird.

**Berlin, 9. Sept.** In einem kürzlich ergangenen Bescheid des Reichsministeriums wird festgesetzt: Die Erhebung der Steuern und Abgaben der früheren Staatsform durch die neuen Regierungen an den in Gebrauch befindlichen Dienstleistungen der Postbeamten würde allen im Oberpostbezirk 150 000 Mark, für das ganze Reichspostgebiet dagegen mehrere Millionen Mark kosten, die zu tragen den Beamten selbst zugemutet werden kann. Ebenfalls ist es bei der unzureichenden Wirtschaftslage des Reiches angängig, diese nicht unbedeutenden Kosten auf die Reichskasse zu übernehmen.

**Berlin, 9. Sept.** Der Abg. Buchhorn (D.S.P.) hat im Reichstag den Antrag gestellt, daß die Einsetzung der Reichsminister durch den Reichspräsidenten in Zukunft nur auf Vorschlag der Reichskammer der Abgeordneten erfolgen soll. Der Reichspräsident soll die Reichsminister nur auf Vorschlag der Reichskammer der Abgeordneten einsetzen dürfen. Der Reichspräsident soll die Reichsminister nur auf Vorschlag der Reichskammer der Abgeordneten einsetzen dürfen.

**Berlin, 9. Sept.** Der Reichspräsident hat die Reichsminister für den 11. September in Berlin zusammenberufen. Die Reichsminister werden am 11. September in Berlin zusammenberufen.

**Berlin, 9. Sept.** Der Reichspräsident hat die Reichsminister für den 11. September in Berlin zusammenberufen. Die Reichsminister werden am 11. September in Berlin zusammenberufen.

**Berlin, 9. Sept.** Der Reichspräsident hat die Reichsminister für den 11. September in Berlin zusammenberufen. Die Reichsminister werden am 11. September in Berlin zusammenberufen.

**Berlin, 9. Sept.** Der Reichspräsident hat die Reichsminister für den 11. September in Berlin zusammenberufen. Die Reichsminister werden am 11. September in Berlin zusammenberufen.

**Berlin, 9. Sept.** Der Reichspräsident hat die Reichsminister für den 11. September in Berlin zusammenberufen. Die Reichsminister werden am 11. September in Berlin zusammenberufen.

**Berlin, 9. Sept.** Der Reichspräsident hat die Reichsminister für den 11. September in Berlin zusammenberufen. Die Reichsminister werden am 11. September in Berlin zusammenberufen.

**Berlin, 9. Sept.** Der Reichspräsident hat die Reichsminister für den 11. September in Berlin zusammenberufen. Die Reichsminister werden am 11. September in Berlin zusammenberufen.

**Berlin, 9. Sept.** Der Reichspräsident hat die Reichsminister für den 11. September in Berlin zusammenberufen. Die Reichsminister werden am 11. September in Berlin zusammenberufen.

und veranlaßt durch die Polizei die Oeffnung des Waggons. Man mußte die Anwesenden zu ihrem größten Erschrecken feststellen, daß in dem Wagon derselbe Roggen war, der in Altfeld verladen wurde, und der Besitzer fand auch sein Geld zwischen den Säcken wieder. Hoffentlich nimmt sich die Staatsanwaltschaft der Sache weiter an.

**Die freien Gewerkschaften zur Lage.**  
**Stuttgart, 9. Sept.** Die Vertrauensleute der Stuttgarter freien Gewerkschaften nahmen eine Entschliessung an, in der es u. a. heißt: Die Vertrauensmännerversammlung bedauert, daß die württ. Regierung dem Treiben der Nationalisten ruhig zusieht, die Regimentsfeierlichkeiten und begünstigt und damit die auf eine Entlassung Deutschlands abzielende Politik der Reichsregierung durchkreuzt. Die Versammlung ist der Auffassung, daß die F.P. jede Verantwortung für die aus der Haltung der württ. Regierung sich ergebenden Folgen abzulehnen hat. — In die Stadtverwaltung richteten die vereinigten Gewerkschaften den Antrag, den Konsumverein durch Gewährung von Krediten in die Lage zu versetzen, durch rechtzeitigen und vorteilhaften Einkauf die Versorgung der arbeitenden Bevölkerung mit preiswerten Verbrauchsartikeln zu ermöglichen und durch Anlage größerer Vorräte die ausreichende Belieferung mit Brennmaterialien für die notleidenden Bevölkerung zu gewährleisten.

**Um billigeres Holz für die Handwerker.**  
Der demokratische Landtagsabg. Had hat im Landtag folgende kleine Anfrage eingebracht: Die Handwerker klagen, daß sie bei Sägemerken und Holzhandlungen für den Holzerwerb geschnittenen Bau- und Möbeltannenholz heute 25 000 Mark bezahlen müssen, obwohl das Holz im Winter und Frühjahr zu erheblichem niedrigeren Preis erworben oder als sogen. Aufweissungsholz für vorübergehende Lieferungen zu einem Preis von 15 000 Mark zu beschaffen ist. Ist dem Staatsministerium bekannt, daß bei derartig hohen Holzpreisen das Holz verarbeitende Handwerk zu Grunde gehen muß? Auch Neuanbauten an Gebäuden, sowie der Ein- und Ausbau weiterer Wohnungen sind beinahe ganz unmöglich. Sollte für das holzverarbeitende Handwerk nicht billigeres Holz aus den Staatswaldungen zur Verfügung gestellt, gesonderte Holzpreise nur für die Handwerker veranlaßt und ihnen günstige Zahlungsbedingungen gestellt oder Stundung gewährt werden, damit die Handwerker ihren Holzbedarf im Winter und Frühjahr fürs ganze Jahr eindecken können? Oder was gedenkt das Staatsministerium zu tun, um die bedrückte Existenz der Kleinhandwerker zu erleichtern, und die Schaffung neuer Wohnungen auch künftig zu ermöglichen?

**Wieder ein deutscher Suizid.**  
Mitglieder der internationalen Militärkommission in Tredon hielten am Donnerstag in der Kaserne der kgl. preuss. Reichswehr eine Waffensuche ab. Es wurden Teile von Waffengewehren, Leisten Kalibers, etwas Munition und einige Handgranaten gefunden. Es handelt sich dabei um Ausstattungsgegenstände erlaubter Art. Die Suche ist veranlaßt worden durch die Denunziation eines deutschen Soldaten.

**Verhaftung des Redakteurs der „Roten Fahne“.**  
Der verantwortliche Redakteur der „Roten Fahne“, Janus, ist vom Berliner Polizeipräsidium auf Anordnung der Staatsanwaltschaft Stuttgart vor die Abteilung I verhaftet worden. Amlich wird vom Berliner Polizeipräsidium dazu mitgeteilt: Die polizeiliche Festnahme des kommunistischen Redakteurs Janus ist nicht auf die Initiative der Berliner polizeilichen Polizei, sondern auf ein Ersuchen der Stuttgarter Staatsanwaltschaft zurückzuführen. Die Verhaftung erfolgte auch nicht, wie die „Rote Fahne“ behauptet, gelegentlich einer Vorladung des Pressereferenten. Es handelt sich überhaupt nicht um eine Bestrafung in Presseangelegenheiten. Janus erschien vielmehr bei der polizeilichen Polizei, um in einer schwerwiegenden Strafsache Angaben zu machen. Dem Stuttgarter Ersuchen entsprechend wird Janus jetzt dem Gefängnis in Ulm angeführt werden.

**Gegen den Kommunistenterror im Ruhrgebiet.**  
**Essen, 9. Sept.** Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands, der Gewerkschaften Christlicher Bergarbeiter Deutschlands, die Polnische Berufsvereinigung und der Christlich-Deutscher Gewerksverein erlassen einen Aufruf, in dem sie gegen die gefährliche Wühlarbeit der Kommunisten im Ruhrgebiet auftritten. Der Aufruf wendet sich zunächst dagegen, daß das am 24. August in Berlin getroffene Abkommen betreffend die Ueberarbeit von Leuten, die mit keiner politischen, gewerkschaftlichen und wirtschaftlichen Verantwortung befaßt sind, als willkommener Vorwand benutzt wird, um die in weiten Kreisen herrschende erregte Stimmung benutzt zu werden. Weiter heißt es dann, daß an einigen Stellen des Ruhrgebietes versucht worden ist, durch lokale Aktionen einen vorübergehenden Druck auf die Verkaufspreise auszuüben. Die Kommunisten propagieren ihr Vorgehen als Mittel, um die Arbeiter zu überzeugen, was zu tun sein wird, wenn die in den einzelnen Orten vorhandenen Aufstände an Lebensmitteln und anderen Bedarfsgegenständen angebrochen sind. Es wäre eine sehr einfache Sache, vorhandene Warenvorräte zu beschlagnahmen und zu herabgesetzten Preisen in Umlauf zu bringen, aber wenn das Problem der Wiederbeschaffung nicht gelöst wird, dann ist das Resultat vollständige Erschöpfung der Warenvorräte und nachher Dürftigkeit. Der Aufruf schließt, daß die Gewerkschaften alles versuchen werden, um auf gangbaren Wegen der ungeduldeten Forderung und Not der Arbeiter entgegenzutreten. Sie lehnen es aber ab, sich durch Drohungen gewerkschaftsfeindlicher Elemente zu un-

überlegten Maßnahmen hinreichend zu lassen. Die gewerkschaftliche Disziplin erfordert ein unbedingtes Festhalten der getroffenen Vereinbarungen und auch der Ueberarbeitregelung.

**Der deutsch-belgische Garantienplan.**  
**Berlin, 9. Sept.** Ueber den Inhalt der deutschen Vorschläge verläutet bisher nichts Neues, doch läßt der bisherige Gang der Verhandlungen noch die Linien erkennen, auf der sie sich bewegen werden. Es wird sich um die Dreiteilung der Garantien handeln, von der mehrfach die Rede war. Eine Verteilung der Industrie dürfte allerdings nur in geringem Umfange stattfinden, wenigstens trat der Reichsverband der deutschen Industrie heute mit der Erklärung hervor, daß er zu einer solchen Garantie nicht in der Lage sei, dagegen wird man mit einer Haftung der Reichsbank rechnen müssen, wenn auch keineswegs in der Form der Ergebung von Gold oder der Ueberleitung des Golddepots ins Ausland. Neben der Unterschrift des Reichsbankpräsidenten werden voraussichtlich diejenigen englischen Finanziers in Aussicht genommen worden sein. Von belgischer Seite wurde die Notwendigkeit einer Rückfrage bei der belgischen Regierung mit dem Hinweis begründet, daß die deutschen Vorschläge sehr kompliziert seien und einer eingehenden Prüfung bedürften. Das „Berliner Tageblatt“ will über die deutschen Vorschläge noch folgendes erfahren haben: Obwohl deutscherseits Stillschweigen darüber bewahrt wird, verläutet, daß es sich um einen Plan handelt, wonach Deutschland in England, Holland und Amerika Garantiedarlehen, falls das möglich sein sollte, aufnehmen würde, um dann für die deutschen Schatzscheine Bürgschaften zu leisten. Das Blatt nimmt an, daß die belgischen Vertreter sofort nach Brüssel zurückkehren, dort dem belgischen Kabinett mündlich Bericht erstatten werden und dann eine neue Zusammenkunft, eventuell in Brüssel, mit deutschen Vertretern anberaunt wird, wenn inzwischen die Stellungnahme der englischen, holländischen und amerikanischen Finanzwelt zu dem Projekt nach irgend einer Richtung hin feststeht.

**Ein Angebot der deutschen Gewerkschaften zum Wiederaufbau Frankreichs.**  
**Berlin, 9. Sept.** Das Aktionskomitee der zerstörten Gebiete tritt am Montag unter dem Vorh. des Oberbürgermeisters Lens und des sozialdemokratischen Abgeordneten Waffel zusammen. Gegenstand der Beratung bildet ein von den deutschen Gewerkschaften überreichtes Angebot, sehr beträchtliche Metalllieferungen zum Wiederaufbau der zerstörten Provinzen zu stellen.

**Ausdehnung des Stinnes-Abkommens auf Belgien.**  
Das Berliner Tageblatt berichtet: Bei der Zusammenkunft zwischen Stinnes und Bemelman sind in der Hauptsache zwei Fragen zur Sprache gekommen. Erstens ist dabei die Möglichkeit einer Ausdehnung des zwischen Stinnes und der französischen Wiederaufbau-Organisation zustande gekommenen Vertrages auf Belgien ins Auge gefaßt worden. Die zweite Frage, die in der Unterredung zwischen Stinnes und Bemelman angeregt wurde, dürfte insbesondere Schiffahrtstragen (Antwerpen) betroffen haben.

**Die Anklage im Nordprozess Rathenau.**  
**Berlin, 9. Sept.** In der Rathenau-Nordfrage ist nunmehr die Anklage erhoben und den Prozeßbeteiligten bereits zugestellt worden. In einzelnen richtet sie sich gegen folgende 13 Personen: Student Ernst Werner Tschow-Berlin, Schüler Hans Gert Tschow-Berlin, Student Willi Kinder-Berlin, Kaufmann Christian Kemann-Schwerin, Student Gustav Steinbeck-Dresden, Privatdozent Waldemar Niedrig-Hamburg, Kaufmann Friedrich Wornock-Hamburg, Bankbeamter Ernst v. Salomon-Frankfurt a. M., Kaufmann Richard Schütte-Berlin, Kaufmann Franz Dietel-Schmargendorf bei Berlin, Student Karl Eltesen-Frankfurt am Main, Schriftsteller Pfaff-Frankfurt a. Main, Kaufmann Werner Fowj-Berlin. Die Anklage lautet gegen Ernst Werner Tschow, sowie gegen Pfaff und Kern, die aber inzwischen durch Selbstmord gedenkt haben, auf gemeinschaftlichen Mord an dem Reichsminister Dr. Rathenau, gegen Hans Gert Tschow, Günther Altemann, Steinbeck, Niedrig, Wornock und von Salomon auf wesentliche Beihilfe zum Mord, ferner gegen Hans Gert Tschow, Günther Altemann, Schütte und Dietel auf Begünstigung und schließlich gegen Eltesen, Pfaff und Fowj auf Unterlassung einer Anzeige.

**Katastrophenhafte Verkehrs- und Wirtschaftslage in Ost-Oberschlesien.**  
Ueber die katastrophenhafte Verkehrs- und Wirtschaftslage in Ost-Oberschlesien veröffentlicht die Warschauer „Koczka“ einen Aufsatz, der die Verhältnisse dort nach Ober-schlesien entlassenen Korrespondenten. Der Bericht stellt fest, daß 1900 Kohlenwaggons auf der Strecke liegen und die Verkehrswege verstopfen. Er nennt die Verhältnisse dort als bedrohlich. Der Bericht sagt, die Verhältnisse hätten sich entgegen den amtlichen Meldungen in letzter Zeit so verschlechtert, daß Oberschlesien unmittelbar vor einer Katastrophe stehe. Wenn die Regierung nicht außerordentliche Maßnahmen treffe, so sei eine Katastrophe unvermeidlich und Polen werde in den Augen des gesamten Auslandes merklich kompromittiert.

**Ausland.**  
**Der Zeitungsstreik in Wien.**  
**Wien, 8. Sept.** Im Zusammenhang mit dem Fortdauern des Streiks der Zeitungsarbeiter fand gestern auf der Südbahn ein zweitägiger Streik statt. Die Züge wurden vom Südbahnhof zwei Stunden lang nicht abgelassen, wodurch bei dem











